

Liebe Freundinnen und Freunde der Achse des Friedens Berlin!

Als Anregung für unsere Proteste gegen das Auswärtige Amt und das Innenministerium, die nach wie vor die Einreise für die irakischen Gewerkschafter verweigern, leite ich Euch eine Analyse unserer Organisationsgruppe zu und bitte Euch Proteste zu schreiben an das Bundesministerium für Inneres, Alt-Moabit 101D, 10559 Berlin, Fax-Nummer (01888)681-2926 oder das Auswärtige Amt Werderscher Markt 1, 10117 Berlin Fax-Nummer: 01888 17-3402 Email: 509-0@auswaertiges-amt.de

Mit solidarischen Grüßen

Hans-Peter

Initiative zum Dialog mit irakischen Gewerkschaftern

Am 21. 10. 2005 sollte in Berlin eine dreiwöchige Veranstaltungstour mit zwei Vertretern einer unabhängigen irakischen Gewerkschaft beginnen. Frau Boshrah A. Abbood und Herr Taha A. Ibraheem Breshdi waren von der Initiativgruppe Dialog mit irakischen GewerkschafterInnen eingeladen worden, um in Deutschland über die Lebensbedingungen und die politische Situation im Süden Iraks sowie über die Arbeitsbedingungen in der Ölindustrie zu berichten. Ihnen wurde die Einreise ohne Angabe von Gründen verweigert.

Erst als gerichtliche Schritte eingeleitet wurden, um die Einreisebewilligung durchzusetzen, teilte die deutsche Botschaft in Bagdad mit, die Visa wären aufgrund von Hinweisen deutscher Sicherheitsbehörden verweigert worden. Aus Datenschutzgründen könne man diese aber nicht weitergeben..

Offensichtlich reicht es aus, einer Organisation anzugehören, die sich aktiv für ein Ende der Besatzung engagiert um in Deutschland als Sicherheitsrisiko abgewiesen zu werden. Wie so oft erweisen sich deutsche Behörden päpstlicher als der Papst. Der Vorsitzende der Gewerkschaft konnte im Frühjahr problemlos an einer Rundreise irakischer Gewerkschafter durch die USA und an mehreren Veranstaltungen in London teilnehmen.

Frau Abbood und Herr Breshdi sind von der Allgemeinen Gewerkschaft der Beschäftigten im Ölsektor GUOE, einem Zusammenschluss von Betriebsgewerkschaften der staatlichen Energieunternehmen im Süden Iraks. In Arbeitskämpfen konnten sie substantielle Verbesserungen der Löhne und der Arbeitsbedingungen durchsetzen.

Heute sind über 23.000 Beschäftigte der Ölindustrie in der GUOE organisiert. Die GUOE ist parteipolitisch und weltanschaulich neutral, wendet sich aber entschieden gegen die US-amerikanische Besatzung und die wirtschaftlichen Pläne Washingtons. So konnte in einer Reihe von staatlichen Unternehmen die Übernahme der Kontrolle durch US-amerikanische Firmen verhindert werden.

„Wir unterstützen alle Arten des ehrenhaften Kampfes im Irak“, so ihr Vorsitzender Hassan Juma'an Awad in einem Interview. „Wir möchten, dass die Besatzung sofort aufhört. Aber wir sind gegen alle Terrorakte gegen die irakische Zivilbevölkerung durch gewisse Terrororganisationen im Irak.“

Vermutlich stützen sich die deutschen Sicherheitsdienste auf Stellungnahmen wie diese, um Mitglieder der GUOE zu unerwünschten Personen und einem Sicherheitsrisiko zu stempeln. Von deutscher Seite wurde von Beginn der Besetzung an, der Widerstand dagegen pauschal mit Terrorismus gleichgesetzt und ihre Fortsetzung legitimiert.

Doch im Gegensatz zur Bundesregierung und zu deutschen Behörden und Medien befinden sich die Öl-Gewerkschafter im Einklang mit internationalem Recht. Die Besetzung ist das Ergebnis eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges und somit ebenfalls illegal. Die politische und militärische Unterstützung dieses Verbrechens durch die deutsche Regierung ist, so jüngst das Bundesverwaltungsgerichtes im Urteil im Fall des Major Pfaffs, selbst ein völkerrechtliches Delikt.

Widerstand gegen Besetzung und Fremdherrschaft dagegen – auch militärischer – ist selbstverständlich legitim. Ausgenommen davon sind ebenso selbstverständlich Anschläge auf die Zivilbevölkerung, Entführungen etc.. Wie alle oppositionellen Gruppen, hat die GUOE diese stets als Terror öffentlich verurteilt.

Auch wenn die Ölgewerkschafter sich hinter alle legitimen Formen des Widerstands stellen, so bleibt die GUOE selbstverständlich eine zivile Organisation, die sich ausschließlich mit gewerkschaftlichen Mitteln für ihre Ziele einsetzt.

Das ist selbstverständlich auch den Sicherheitsdiensten und dem Innenministerium bekannt. Gefährlich für die Bundesregierung sind die Gewerkschafter weil sie das Bild zerstören können, mit dem hierzulande die Besatzungspolitik beschönigt und ihre Unterstützung aus Deutschland gerechtfertigt wird. Die Berichte der Iraker würden zeigen wie verheerend die Lebensbedingungen nach 30 Monaten Besetzung sind, wie stark die Ablehnung der US-amerikanischen Präsenz ist, wie unsinnig die Einteilung in Sunniten und Schiiten und vieles mehr.

Sie würden insbesondere zeigen, dass die Alternative im Irak keineswegs zwischen langandauernder Besetzung durch fremde Truppen und der Gewalt des Terrors, Chaos und Bürgerkrieg besteht und dass es sehr wohl eine politische und zunehmend einheitliche Opposition gegen die Besetzung gibt, die Ansprechpartner für die Friedensbewegung im Westen sein kann.

Schon der erste Versuch Vertreter dieser zivilen Opposition in Deutschland zu Wort kommen zu lassen, stieß auf den Widerstand staatlicher Behörden. Auf Intervention der Berliner Innenbehörde wurden einer Irak-Konferenz, zu der sie eingeladen waren, zweimal kurzfristig die Räume gekündigt.

Um so wichtiger ist es, der Kumpanei der deutschen und US-Regierung entgegenzutreten, u.a. durch Informieren der Öffentlichkeit über die wirkliche Situation im Irak und den verbrecherischen Charakter der Besetzung.

Die Informationsrundtour wird bis Frau Abbood und Herr Breshdi eintreffen mit anderen Irak-Experten fortgesetzt.

Wir werden dabei natürlich auch über die Willkür der deutschen Botschaft berichten. Die nächsten Termine sind:

28.10 Hagen, 31.10. Duisburg, 1.11. Bonn, 2.11. Frankfurt (Main), 3.11. Marburg/Gießen, 4.11. Heidelberg, 7.11. Freiburg, 8.11. Tübingen, 9.11. Stuttgart, 10.11. Augsburg, 11.11. München, 12.11. Berlin